

Kosovo als schwarzes Loch für die serbische Mobiltelefonie

Politische Kontroverse um die Demontage von serbischen Mobilfunkanlagen

Kosovos Behörden wollen nicht länger serbische Mobilfunkanlagen auf ihrem Territorium dulden. Die Demontage der Anlagen hat in Serbien Protest ausgelöst. Pristina wird vorgeworfen, auf die Isolierung der serbischen Minderheit hinzuwirken.

Thomas Fuster, Wien

Selbstbewusst macht sich Kosovos Regierung daran, die un Februar 2008 proklamierte Unabhängigkeit schrittweise in die Praxis umzusetzen. Zu diesem Vorhaben gehört auch, die Telekommunikation den eigenen Regeln unterzuordnen. Namentlich im Zentrum und im Süden Kosovos werden daher Mobilfunkanlagen serbischer Betreiber nicht länger geduldet. Seit dem vergangenen Freitag sind in der Region mehr als 20 entsprechende Basisstationen abmontiert worden.

Keine Vorwarnung

Kosovarische Serben in Zentral- oder Südkosovo können somit nicht länger auf stabiler Basis über serbische Netze miteinander kommunizieren; möglich ist dies nur noch im Norden Kosovos, wo die Serben deutlich in der Mehrheit

sind und wo man sich dem behördlichen Zugriff aus Pristinas konsequent verweigert. Die ohne Vorwarnung erfolgte Demontage hat Serbien, das von einer Eigenstaatlichkeit Kosovos weder auf politischer Ebene noch im Bereich der Telekommunikation etwas wissen will, zu scharfem Protest veranlasst. In Stellungnahmen aus Belgrad -- auch seitens der betroffenen Unternehmen Telekom Srbija, Telenor und Vip mobile -- wird die Aktion, an der Einheiten der kosovarischen Polizei beteiligt waren, als Vandalismus verurteilt.

Lokale Medien berichten, wie in serbischen Enklaven die Notfallabteilungen und Ambulanzen von Spitälern jäh von der Aussenwelt abgeschnitten wurden und wie sich Patienten ausserstande sahen, in Notfällen einen Arzt zu kontaktieren. In den betroffenen Enklaven kam es am Montag denn auch zu Protestkundgebungen von einigen hundert serbischen Bewohnern.

Der serbische Regierungschef Mirko Cvetkovic verurteilte das Vorgehen Pristinas und bezeichnete die Demontage der Anlagen als einen neuerlichen Versuch, die Serben in Kosovo zu isolieren. Auch Präsident Boris Tadic bewertete die Aktion als sehr gefährlich und als Bedrohung für die in Kosovo lebenden Serben. Er kündigte eine international abgestützte Reaktion an, ohne aber genauer auszuführen, was damit

gemeint ist. Irritiert zeigte sich Tadic vor allem ob der Tatsache, dass auch die EU-Rechtsstaatsmission in Kosovo (Eulex) das Vorgehen der Behörde unterstützt. Immerhin, so die Einschätzung Tadic, seien durch das Abstellen der Anlagen auch Menschenrechte verletzt worden.

Steine gegen Rückkehrer

In Pristina versuchen die Behörden, die politische Bedeutung der Überraschungsaktion herunterzuspielen und die Demontage der Mobilfunkanlagen als eine rein technische oder juristische Angelegenheit zu präsentieren. Die eingeleiteten «rechtlichen Schritte», so die Stellungnahme der Regierung, richteten sich weder gegen eine bestimmte Nationalität noch gegen einen bestimmten Staat. Ziel sei lediglich, die illegalen Aktivitäten von nicht lizenzierten und nicht autorisierten Mobilfunkbetreibern zu unterbinden, zumal diese Unternehmen in Kosovo auch keine Steuern bezahlten. Es gehe also allein darum, auf dem heimischen Telekommunikationsmarkt der Rechtmässigkeit zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Auseinandersetzung rund um die serbischen Mobilfunkbetreiber fällt in eine Zeit erhöhter Spannungen zwischen der albanischen Mehrheit und der serbischen Minderheit in Kosovo.

Grund dafür liefert eine seit Ende März von Misstönen begleitete Rückkehr von mehreren hundert serbischen Familien in ein Dorf im Westen Kosovos. Die Rückkehrer sind von ihren albanischen Nachbarn, die einigen der zurückgekehrten Serben die Verwicklung in Kriegsverbrechen während der Jahre 1998 und 1999 vorwerfen, mit lauten Protesten empfangen worden. Dabei wurden Zelte, die provisorisch als Behausung dienten, mit Steinen beworfen, was einige Familien dazu bewog, von der geplanten Rückkehr abzusehen und wieder von Kosovo wegzuziehen.

Solche Konflikte stehen quer zu Pristinas Bekenntnis, dem Minderheitenschutz in Kosovo besondere Beachtung zu schenken und auf die friedliche Koexistenz der Ethnien hinzuwirken. Die serbischen Behörden nutzen dies insofern, als sie in ihrem rhetorischen Ahwehrkampf die missglückte Rückkehr in eine Reihe stellen mit der Demontage der Mobilfunkanlagen. So wirft Serbiens Ministerium für Kosovo der Regierung in Pristina vor, durch die Abtrennung der Kommunikationskanäle zwischen serbisch dominierten Gebieten eine Atmosphäre der Verunsicherung und Angst zu kreieren und auf diese Weise die Voraussetzung für eine neue Migrationswelle zu schaffen -- ein Vorwurf, der von Pristina vehement in Abrede gestellt wird,